

## Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

### Nordmazedonien auf seinem Weg in die Europäische Union aktiv unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Jahr 2023 ist ein entscheidendes Jahr für die europäische Zukunft Nordmazedoniens. Deutschland steht fest zur europäischen Perspektive Nordmazedoniens und unterstützt das Land entschlossen auf seinem Weg in die Europäische Union.

Im September 1991 erklärte Nordmazedonien seine Unabhängigkeit. Vor 30 Jahren erfolgte die Anerkennung des jungen Staates durch die Bundesrepublik Deutschland und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. In den Folgejahren entwickelten sich ausgesprochen feste und gute Beziehungen zwischen Nordmazedonien und Deutschland. Die Beziehungen sind vielfältig und nicht zuletzt durch unzählige persönliche Beziehungen zwischen Menschen aus beiden Ländern gekennzeichnet. In Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gibt es eine über Jahrzehnte gewachsene, enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Nordmazedonien und Deutschland.

Seit dem 15. Dezember 2005 hat Nordmazedonien den Status des offiziellen Beitrittskandidaten. Ein Jahr zuvor, am 1. April 2004, trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU in Kraft. Seit Dezember 2009 dürfen die Bürgerinnen und Bürger Nordmazedoniens ohne Visum in die EU einreisen.

Nordmazedonien ist in den letzten beiden Jahrzehnten durch verschiedene Phasen gegangen, in denen teilweise die klare Orientierung auf eine Annäherung an die EU und ihre Werte verloren zu gehen drohte. In den letzten Jahren kehrte das Land zu einem realistischen und ambitionierten euro-atlantischen Kurs und Reformprozess zurück.

Am 1. August 2017 wurde der Nachbarschaftsvertrag mit Bulgarien unterzeichnet, am 17. Juni 2018 wurde mit Griechenland das Prespa-Abkommen zur Klärung der Namensfrage geschlossen. Zum 27. März 2020 erfolgte der Beitritt zum Verteidigungsbündnis NATO (North Atlantic Treaty Organization). Das vorrangige außenpolitische Ziel Nordmazedoniens ist und bleibt seither der Beitritt zur EU.

Der Beitritt Nordmazedoniens zur EU ist im beidseitigen Interesse. Ein erfolgreicher Weg zum EU-Beitritt birgt eine weitreichende Symbolwirkung in sich für die gesamte Region. Nordmazedonien ist ein multiethnisches Vorbild. Der Deutsche Bundestag erkennt die mazedonische Kultur, Identität und Sprache an. In der

von einer großen Vielfalt an Sprachen und Kulturen geprägten Europäischen Union sind Sprachen ein wesentlicher Bestandteil unseres gemeinsamen kulturellen Erbes. Die sprachliche Vielfalt wird in der Mehrsprachigkeit in Programmen und in der Arbeit der Institutionen praktiziert. Die mazedonische Sprache und Kultur werden diese Vielfalt weiter bereichern. Diesen Reichtum zu wahren und zu schützen begreift die Europäische Union als eine ihrer vornehmsten Aufgaben.

Entscheidend für den zukünftigen Erfolg des Beitrittsprozesses ist nun die Überwindung der Verschleppung der EU-Beitrittsverhandlungen nach Unterzeichnung des Prespa-Abkommens. Die nach langwierigen Verhandlungen unter UN-Vermittlung zügig erreichte Unterzeichnung dieses bilateralen Vertrages zur Klärung der Namensfrage unterstrich den Willen und die Bereitschaft der Regierung Nordmazedoniens zur euro-atlantischen Integration und eröffnete die Perspektiven für den zügigen Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Der Deutsche Bundestag erwartet von beiden Seiten die vollständige Umsetzung des Prespa-Abkommens. Eine neue Herausforderung stellt seit drei Jahren die Belastung des Beitrittsprozesses Nordmazedoniens durch bilaterale Fragen mit dem Nachbarland Bulgarien dar, die in Nordmazedonien schließlich zu vorgezogenen Neuwahlen am 15. Juli 2020 führte und die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union wie auch des gesamten Erweiterungsprozesses in der Bevölkerung, der Region und bei anderen beitragswilligen Ländern in Frage stellte. Trotz vielfältiger Bemühungen beider Seiten und Hilfestellung einzelner EU-Mitgliedstaaten, konnten diese Differenzen bislang nicht vollständig ausgeräumt werden.

Der Deutsche Bundestag sieht die Gefahr, dass der bisherige Erweiterungsprozess der EU erneut aufgrund bilateraler Konflikte zum Erliegen kommen könnte. Auch wenn die erste EU-Beitrittskonferenz mit Nordmazedonien am 19. Juli 2022 stattgefunden hat, sind gegenwärtig noch keine Verhandlungskapitel mit Nordmazedonien eröffnet worden. Entsprechend eines im Sommer 2022 gefundenen Kompromisses des Rates mit Nordmazedonien ist Voraussetzung für alle weiteren Integrationsschritte eine Verfassungsänderung, die die Aufnahme der bulgarischen Bevölkerungsgruppe neben anderen bereits aufgeführten Gruppen in die Verfassung Nordmazedoniens vorsieht, und die eine Zweidrittelmehrheit im Parlament Nordmazedoniens erfordert.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um schnell zu einer Lösung zu kommen, um die Voraussetzungen für den nächsten Schritt im Beitrittsprozess Nordmazedoniens zu schaffen. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen beider Regierungen in Skopje und Sofia, die Zusammenarbeit in verschiedenen kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen zu verstärken, um den Prozess der Annäherung pragmatisch zu intensivieren.

Den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Nordmazedonien von Beginn an klar verurteilt und sieht wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und anderer Staaten der Region in der russischen Invasion einen schweren Verstoß gegen völkerrechtliche Grundprinzipien. Nordmazedonien hat sich dabei allen restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland angeschlossen und der Ukraine frühzeitig militärische Güter geliefert. Auch damit unterstreicht das Land erneut seine Verlässlichkeit und Bereitschaft, den Zielen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie auch internationalen Verpflichtungen zügig nachzukommen. Auf einer Regierungskonferenz unterstrich der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission, Josep Borrell: „Nordmazedonien ist bereits zu 100 Prozent auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ausgerichtet“. (<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/nordmazedonien-zeigt-sich-bei-eu-mitgliedschaft-zuversichtlich/>). Diese außenpolitische Ausrichtung

führt Nordmazedonien auch als aktueller Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiter. Nordmazedonien hat das Amt für die OSZE kritischen und zukunftsweisenden Zeiten übernommen. Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, die Regierung in Skopje nach besten Kräften zu unterstützen, damit der OSZE-Vorsitz 2023 erfolgreich durchgeführt werden kann.

Der im Rahmen des EU-Erweiterungspakets im Oktober 2022 veröffentlichte Länderbericht der Europäischen Kommission attestiert Nordmazedonien insgesamt gute Fortschritte in den Schlüsselbereichen. Innenpolitisch muss die Regierung Nordmazedoniens dringend notwendige Reformen in sensiblen Bereichen wie der Korruptionsbekämpfung und bei der Stärkung des Vertrauens in die Justiz sowie der Schaffung von mehr Transparenz in Auswahl- und Ernennungsprozessen wichtiger Ämter der öffentlichen Verwaltung voranbringen. Die effektive Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Drogenhandel sowie von grenzüberschreitender Schleuserkriminalität zur Eindämmung irregulärer Migration gilt es in Abstimmung mit den europäischen Partnern zu verstetigen. Deutschland unterstützt den nötigen Reformprozess im Land, etwa durch die Arbeit der Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit. Diese wichtige Arbeit gilt es zu verstetigen.

Sowohl die Corona-Pandemie als auch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in Nordmazedonien insbesondere in den zurückliegenden zwei Jahren verschärft. Gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise ließen die jährliche Inflation auf bis zu 18,7 Prozent im September 2022 ansteigen. Die bislang nahezu vollständige Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen verdeutlicht die Notwendigkeit zur schnellstmöglichen Diversifizierung der Energieimporte. Die von der Europäischen Kommission zugesagten 80 Millionen Euro an sofortiger Budgethilfe zur Kompensation der Folgen hoher Energiepreise sind daher von enormer Bedeutung.

In dieser schwierigen Lage tragen sowohl die Regierungs-, als auch die Oppositionsparteien Nordmazedoniens große Verantwortung für die Wahrung des sozialen Friedens und die Fortführung des demokratischen reformorientierten Kurses. Sie sind entscheidend für den Weg in die EU und auch im Interesse Deutschlands.

Deutschland ist für Nordmazedonien der wichtigste Handelspartner. Das Handelsvolumen belief sich von Januar bis Oktober 2022 auf insgesamt 3,6 Milliarden Euro, insbesondere aufgrund zahlreicher Automobilzulieferer, die in Nordmazedonien erfolgreich tätig sind. Seit 1992 gehört Deutschland im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung zu den wichtigsten Partnern Nordmazedoniens. Die guten und intensiven politischen Kontakte zwischen Deutschland und Nordmazedonien müssen weiter gepflegt werden. Deutschland muss sein hohes Ansehen in der Region nutzen, um die europäische Zukunft des Landes zu bekräftigen und durch konkrete Maßnahmen und Initiativen zur Förderung des Vertrauens in die EU beizutragen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf:

1. Nordmazedonien zu ermutigen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Voraussetzungen für die Eröffnung der ersten Verhandlungskluster zu schaffen, vor allem die Umsetzung des Kompromisses vom Sommer 2022;
2. den Reformprozess zur Angleichung der Gesetzgebung des Landes an den Besitzstand der EU weiterhin intensiv zu unterstützen;
3. weiterhin bilateral und im Rat der EU mit Nachdruck für die Eröffnung der ersten Verhandlungskluster mit Nordmazedonien zu werben und auf die beispiellose Bereitschaft des Landes zur europäischen Integration zu verweisen, die Vorbildcharakter für die gesamte Region hat;
4. Bulgarien aufzurufen, den Weg Nordmazedoniens in die EU im Rahmen des mit dem Rat gefundenen Kompromisses zu unterstützen und von darüber hinausgehenden Bedingungen abzusehen;
5. die Bemühungen der Regierung von Nordmazedonien auf dem Gebiet der Justizreform, der Verwaltungsreform, des Kampfs gegen Korruption und Organisierte Kriminalität sowie der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit konstruktiv zu begleiten;
6. sich darüber hinaus auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, den 2020 modernisierten Prozess für Beitrittsverhandlungen zur Anwendung zu bringen, mit dem eine Partizipation an attraktiven Zwischenschritten ermöglicht werden soll;
7. die von der OSZE/ODIHR und der Venedig-Kommission des Europarates empfohlenen Änderungen in der Wahlgesetzgebung und die Reform des Parlamentes im Rahmen des Jean Monnet Dialoges anzuregen;
8. zu prüfen, inwieweit mit Nordmazedonien als Teil der Balkanroute und als Transitland von grenzüberschreitenden Schleusernetzwerken die operative Zusammenarbeit und technische Hilfe im Bereich der Polizeiarbeit unter Wahrung menschen- und asylrechtlicher Standards ausgebaut werden kann sowie Maßnahmen zur Ausbildungshilfe und Modernisierung der Streitkräfte Nordmazedoniens gefördert werden können;
9. Maßnahmen zur Akzeptanz und des Dialogs zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Nordmazedonien sowie Rechte zum Schutz von Minderheiten, der LGBTQIQ-Gemeinschaft und auch von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen;
10. bestehende Initiativen zur beruflichen Bildung weiter auszubauen, um insbesondere der massenhaften Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken;
11. die Arbeit kultureller, bildungs-, forschungs- und innovationspolitischer Programme auszuweiten, um die Beziehungen zu den Menschen in Nordmazedonien zu intensivieren auf Basis der gemeinsam geteilten europäischen Werte;

12. auf europäischer Ebene den Dialog zwischen der Europäischen Staatsanwaltschaft und den Ermittlungsbehörden in Nordmazedonien auszubauen;
13. auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die Energiesicherheit und der Energiemix des Landes durch den Ausbau der Konnektivität mit benachbarten Staaten und von regenerativen Energien erhöht und diversifiziert wird.

Berlin, den 13. Juni 2023

**Dr. Rolf Mützenich und Fraktion**  
**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**  
**Christian Dürr und Fraktion**

*Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt*